



ÖSTERREICHISCHE BÜRGERINITIATIVE

DAHEIM STATT HEIM

Partner der deutschen Bundesinitiative „Daheim statt Heim“

c/o Gerhard Lichtenauer, Ing. Tel: 0699 12490010 Fax: 07477 490015
www.daheim-statt-heim.at Email: info@daheim-statt-heim.at

Pressemitteilung vom 26. Mai 2008, anlässlich des 1. Jahrestreffens der Österreichischen Bürgerinitiative "[Daheim statt Heim](http://www.daheim-statt-heim.at)" (www.daheim-statt-heim.at):

**Der Kampf um das "normale" Leben miteinander - daheim statt im Heim - Teilhabe für ALLE!
Ein Jahr Österreichische Bürgerinitiative "Daheim statt Heim"**

Not-wendige Menschenrechts- Initiative für Deutschland, Österreich und Europa

Am 1. Juni 2007 wurde die Österreichische Bürgerinitiative "[Daheim statt Heim](http://www.daheim-statt-heim.at)" gestartet. Ein halbes Jahr zuvor, am 1. Dezember 2006 wurde die deutsche Bundesinitiative "[Daheim statt Heim](http://www.bundesinitiative-daheim-statt-heim.de)" (www.bundesinitiative-daheim-statt-heim.de) von der deutschen Bundestagsabgeordneten Silvia Schmidt MdB, Behindertenbeauftragte der SPD initiiert und gemeinsam mit einer Reihe namhafter Erstunterzeichner, Fachleute und Selbstbestimmt- Leben- Aktivisten gestartet.

Die Begeisterung über die deutsche Initiative und die Übereinstimmung der Zielsetzungen, denen gesamteuropäische Forderungen und eine aktuelle UN-Konvention über Behindertenrechte zugrunde liegen, hat den Niederösterreicher Gerhard Lichtenauer veranlasst, den Kontakt mit den deutschen Initiatoren aufzunehmen, um diese Initiative nach Österreich zu bringen.

Die Österreichische Bürgerinitiative mahnt bedarfsgerechte und bedarfsdeckende Unterstützungen für ein Leben pflege- und hilfebedürftiger Menschen in der eigenen Wohnung ein. Die Initiative fordert eine solidarisch getragene Pflegesicherung, welche auch Menschen mit sehr hohem Pflege- und Assistenzbedarf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglicht:

Vision Statement

„Gemeinsame Zielerreichung einer tatsächlich bedarfsdeckenden und bedürfnisorientierten Pflege-, Betreuungs- und Lebens- Assistenz unter Achtung der Menschenrechte und Menschenwürde für alle als volkssolidarische Leistung mit Rechtsanspruch“ (Verfassungsrang).

Diese, ausschließlich an die Bedürfnisse der Betroffenen angepasste Hilfen, sind unabhängig vom Lebensalter, der Ursache des Hilfsbedarfs und von Einkommen und Vermögen sicherzustellen.

Die Initiative fordert, dass ältere und behinderte Menschen, vor allem auch bei sehr hohem Pflege- oder Hilfebedarf in ihrem Zuhause, in der selbstgewählten Wohnform, die nötige Pflege und Unterstützung zur Alltagsbewältigung bedarfsdeckend und leistbar erhalten sollen. Ein Leben in der Mitte der Gesellschaft und eine benachteiligungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, so wie die (noch) nicht betroffenen Menschen auch, wird von der Bürgerinitiative als Menschenrecht eingefordert. In Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

Die Österreichische Bundesverfassung (B-VG Art. 7 Abs. 1) definierte im Jahr 1997 ein uneingeschränktes Benachteiligungsverbot gegenüber Menschen mit Behinderung als Staatsziel. Eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in unserer Gesellschaft ist also verfassungsmäßig normiert. Es heißt dort:

"Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten."

Seither sind mehr als zehn Jahre vergangen, von diesem Ziel aber erscheint der „real existierende Sozialstaat“ (somit auch der Rechtsstaat) leider noch sehr weit entfernt: Noch immer werden Menschen durch Verweigerung bedarfsdeckender ambulanter Unterstützungen genötigt, manche lebenslänglich, in aussondernden stationären Unterbringungen zu leben.

Die Bürgerinitiative erachtet es als eklatante Benachteiligung und Menschenrechtsverletzung, wenn bei hoher Hilfebedürftigkeit und Angewiesen seins auf umfassende fremde Unterstützung in allen Lebensbereichen laut Sozialgesetzen und Verwaltungspraxis, wie es derzeit ist, nur mehr ein "Leben im Heim" ermöglicht wird.

Menschenrechte und Menschenwürde haben einen höheren Wert als eine "Abschiebung" in aussondernde stationäre Einrichtungen aus scheinbar öffentlichem Fiskal- Interesse!

UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Diese Sicht wird auch durch die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gestützt. Österreich unterzeichnete diese internationale Übereinkunft am 30. März 2007. Vor drei Wochen, am 3. Mai 2008 trat dieses Menschenrechtsdokument international rechtsverbindlich für alle Staaten, die bereits ratifizierten, in Kraft.

In Artikel 19 dieses Übereinkommens ist normiert, dass "Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Wohnsitz zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben". Also keine Heime und mehr Unterstützung in der selbst gewählten Wohnform. Konkret ist gefordert: "Zugang zu einer Reihe von häuslichen, institutionellen und anderen gemeindenahen Unterstützungsdiensten haben, einschließlich der persönlichen Assistenz, die zur Unterstützung des Lebens in und der Teilhabe an der Gemeinschaft sowie zur Verhütung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist".

Die Ratifizierung Österreichs zur Behindertenkonvention ist derzeit noch ausständig. Hinzuweisen ist aber, dass mit diesem internationalen Vertragswerk nicht grundsätzlich neue Menschenrechte

"erfunden" wurden, sondern jene bereits seit 60 Jahren mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte international verbürgten Grundrechte der Freiheit und Gleichheit ALLER Menschen, konkret für die Lebensrealität behinderter Menschen, ausformuliert und konkretisiert wurden.

Behinderte und ältere Menschen mit Pflege- und Hilfebedarf sollen daher, wie alle anderen Menschen auch, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung und im gewohnten Umfeld leben können. Dazu müssen sie die nötige Unterstützung bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Initiative:

- **einen Baustopp für neue Heime,**
- **den Abbau bestehender Heimplätze,**
- **den flächendeckenden Aus- und Aufbau individuell- bedarfsdeckender vernetzter Unterstützungsangebote für ältere und behinderte Menschen,**
- **die Garantie der Wahlmöglichkeiten der Betroffenen, u.a. durch bedarfsdeckendes Pflegegeld und/oder persönliche Assistenzbudgets,**
- **die Gewährleistung des Grundsatzes „Daheim statt Heim“ in allen gesetz- und verwaltungstechnischen Regelungen auf allen Ebenen und in der Praxis**
- **die Beteiligung der Betroffenen an dem Reformprozess nach der Devise „Nichts über uns ohne uns“.**

Fehlgesteuertes Hilfesystem

Öffentliche Steuermittel werden leider noch immer für aussondernde, unnatürliche Lebenswelten, den so genannten "Heimen", entgegen dem mehrheitlichen Willen der Gesellschaft, verschwendet. Einmal in Beton gegossen, wird für viele Jahrzehnte ein Sog in diese Sonderwelten untermauert. Ausreichende Unterstützungen für Pflege und Betreuung oder "Persönliche Assistenz" DAHEIM oder in selbstgewählten alternativen Gemeinschaftswohnformen fehlen dadurch und eine echte Wahlfreiheit und Selbstbestimmung wird verhindert.

Bürgeraktion fordert die Umsteuerung

Seit einem Jahr wirbt die Bürgerinitiative österreichweit um Unterstützungserklärungen. Etwa 700 Personen, erklärten seither die Forderungen der Bürgerinitiative zu ihren eigenen Anliegen, dass nämlich die indirekt erzwungene Abschiebung in so genannte "Heime" und damit verbundene existenzielle Benachteiligungen von Mitmenschen mit hohem Hilfebedarf öffentlich thematisiert, angeprangert und konsequent abgebaut werden müssen!

Die Aktion ist getragen von Menschen, die sich für die kompromisslose Achtung der Menschenrechte behinderter und älterer Menschen mit Hilfebedarf einsetzen. Unter den Unterstützern sind viele von Behinderung oder altersbedingtem Hilfebedarf selber Betroffene und deren Angehörige. Weiters stellten sich bisher viele Verantwortliche und Mitarbeiter von Selbsthilfegruppen und Interessenvertretungen zur Initiative. Einige Nationalrats- und Landtagsabgeordnete verschiedener Fraktionen tragen ebenfalls die Initiative mit.

Der Hintergrund der Initiative ist parteipolitisch und konfessionell völlig unabhängig, die Initiative ist unabhängig von Vereinen und Interessenvertretungen, keiner Organisation nahe stehend oder verpflichtet, sie ist einzig dem Menschen, insbesondere in seiner Hilfebedürftigkeit, verpflichtet.

Inklusion - Miteinander leben

Jeder Mensch hat das international in den Menschenrechten verbürgte Recht auf ein Leben in der eigenen Familie und in der selbst gewählten Privatheit und Häuslichkeit, inmitten der Gesellschaft "in der Gemeinde".

Normal zu leben mit allen alltäglichen Kontakten, Beziehungen und Freundschaften darf nicht durch aufgezwungene alternativlose Hilfeformen verhindert werden, unabhängig davon wie hoch der Pflegebedarf ist. Leider wird diese Grundfreiheit vom österreichischen "Sozialsystem" keineswegs geachtet.

Pflege und Assistenz, wo sie hingehört

Sogar für Tiere in den Tierheimen gibt es Aktionen "Wer will mich?". Es gibt sogar engagierte Tierschützer, die Tiere aus nicht artgerechten Haltungen befreien. Wir alle können uns mit der Unterstützung dieser Initiative zu Menschenschützer- Aktivisten erklären, die der Abschiebung von Menschen in "nicht artgerechten Haltungen", ein kräftiges Zeichen entgegensetzen.

Alle Umfragen bestätigen, dass nur äußerst wenige Menschen in ein Heim wollten. Diese auch nur deshalb, weil die Unterstützungen für den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit unzureichend sind bzw. man die Angehörigen nicht belasten möchte.

Die Hilfe muss zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt, außerdem muss sie für jeden leistbar sein!

Gleichstellung bewirkt Gemeinschaft und gesellschaftliche Veränderung

Gleichstellung beginnt im Kopf und sie verändert aber auch unser Denken über uns selbst und über den "Nächsten". Viele Probleme unserer Zeit hängen damit zusammen, dass die "Nächsten" mit Hilfebedarf, über Generationen hinweg, systematisch aus der Mitte entfernt wurden, also zu "Fernen" gemacht wurden.

Der Aufruf der österreichischen und deutschen Initiativen "Daheim statt Heim" für ein Leben behinderter und älterer Menschen in der Gemeinde findet nicht im luftleeren Raum theoretischer Überlegungen statt. Die Anliegen werden von vielen tausenden Menschen und ihren mit betroffenen Familien mit dem Leben geschrieben.

Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass hilfebedürftige Menschen vom Leben in unserer Mitte ausgeschlossen werden. Der Abbau der unerträglichen Diskriminierungen und systemischen Menschenrechtsverletzungen in diesem Bereich wird eine positive Wandlung im Zusammenleben der Gesellschaft und der Generationen bewirken.

Unsere Gesellschaft soll nicht länger auf das Miteinander aller Menschen im täglichen Leben und im Umgang verzichten, wie es derzeit leider noch durch die strukturell erzwungene Abschiebung älterer und behinderter Menschen mit hohem Hilfebedarf in so genannte "Heime" geschieht.

Im Umgang und Zusammenleben von "Starken" und "Schwachen" in den ganz normalen Kontakten des Alltags, wächst das Verantwortungsgefühl und das gemeinsame Tragen von Lasten, das unsere Gesellschaft bitter nötig hat.

Alle bisher "Entfernten" sollen in die Mitte der Gesellschaft zurückgeholt werden, das wird eine der wichtigsten und auch schönsten gesellschaftlichen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte sein.